

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz un-
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Breinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 184

Sonnabend, den 9. August 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Die Verfassungsfeier

der unterzeichneten Behörden findet

Montag, am 11. August, abends 6 Uhr

im Sitzungssaale des Amtsgerichts zu Pulsnitz statt. Die Einwohner, Männer und Frauen,
unserer Stadt und des Amtsgerichtsbezirks, Behörden, Organisationen der Arbeitgeber und

Arbeitnehmer, die Innungen sowie die Verbände der Beamten und Angestellten werden hierzu
berühmt eingeladen.

Der Stadtrat

Stadtrat Beyer, stellv. Bürgermeister

Das Amtsgericht

Dr. Eichner, Amtsgerichtsrat

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Deutschland und der Irak

König Faisal vom Irak in der Reichshauptstadt

Nachling und Schmelzer für ein Zusammengehen der Volkspartei mit der Staatspartei

König Faisal vom Irak traf Freitag nachmittag,
von London kommend, in Berlin ein. Der König wurde in
Vertretung des Außenministers, der sich in Badenweiler
aufhält, von dem Ministerialdirektor de Haas empfangen.

Der Besuch des Königs Faisal, der ursprünglich erst für
Mitte September erwartet wurde, ist kein offizieller
Staatsbesuch, weshalb auch ein offizieller Empfang
des Königs am Bahnhof nicht stattfand. Die Reise des Kö-
nigs dient in erster Linie wirtschaftlichen Zwecken. Der
König wird sich von Berlin aus wahrscheinlich nach Paris
begeben und später wird er sich in der Schweiz aufhalten,
wo er einen Arzt konsultieren will.



Emir Faisal von Irak.

König Faisal ist im Jahre 1882 als dritter Sohn des
damaligen Groß-Sherifen von Mekka, des späteren Königs
von Hedschas, geboren. Er ist König seit dem 23. August 1921.
Das Königreich Irak, das früher zur Türkei gehörte, ist auf
Grund des Artikel 22 des Völkerbündnisses unter das
Mandat der englischen Regierung gestellt. Eng-
land hat seine Beziehungen zum Irak schon im Jahre 1922
durch einen Bündnisvertrag geregelt, der 1926 auf 25 Jahre
verlängert wurde. Nach diesem Bündnisvertrag will Eng-
land vom Jahre 1928 ab alle vier Jahre die Frage prüfen,
ob Irak als selbständiger Staat zum Eintritt in den Völker-
bund aufgefordert werden kann. England wird wahrschein-
lich diesen Vorschlag 1932 machen und die Zulassung des
Irak zum Völkerbund empfehlen. Als Vorbedingung hat
England den endgültigen Abschluß eines Freunds-
chaftsvertrages zwischen England und dem
Irak gestellt. Dieser Vertrag ist bereits paraphiert worden.
England erkennt darin die Unabhängigkeit des Irak an und
zieht die englischen Truppen zurück; der Irak erhält eine
eigene Militärhoheit. Der Posten des britischen Oberkom-
missars soll in eine diplomatische Vertretung umgewandelt
werden. England hat sich aber das Recht vorbehalten, Flug-
plätze im Irak zur Sicherung seiner Luftverbindung nach
Indien zu unterhalten. Immerhin macht der Irak mit diesem
Vertrag einen wesentlichen Schritt zu einem selbständigen
Staat.

Die Wirtschaftsbeziehungen des Irak nach Europa

fußen im wesentlichen auf der Ausfuhr landwirtschaftlicher
Produkte. Der Irak ist in der letzten Zeit in den Mittel-
punkt der Petroleumpolitik gekommen. Die Irak-
Petroleum-Company hatte bisher allein die Konzession auf
das sehr starke Erdölvorkommen in der Gegend von Mossul.
Während der Anwesenheit des Königs Faisal in London ist
eine neue Erdölgesellschaft, der British Oil Devel-
opment Company, eine Konzession für das Erdöl-
vorkommen im Irak erteilt worden. An dieser Konzession ist
auch deutsches Kapital mit 12 Prozent beteiligt, und zwar in
der Hauptsache unter Führung der Fried-
Krupp A.-G. in Essen. Man will eine Erdölrohreitung
und eine Eisenbahn von Bagdad nach dem Mittelmeerhafen
Haifa bauen. In den Lieferungen für die Rohreitung
und an dem Bau der Eisenbahn soll auch die deutsche
Industrie in erheblichem Umfange beteiligt werden. Mehrere
deutsche Firmen haben sich bereits nach dem Kriege
wieder in Bagdad niedergelassen. Die Junkers-Ge-
sellschaft hat eine regelmäßige Flugverbindung zwischen
Bagdad und Teheran. Man erwartet in maßgebenden Krei-
sen, daß durch den Besuch des Königs Faisal sich die wirt-
schaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland und dem
Irak wesentlich verstärken.

Für Zusammengehen der Volkspartei mit der Staatspartei.

Ein Schreiben Nachlings und Schmelzers
an Scholz.

Rhm. Kommerzienrat Nachling und Landtags-
abgeordneter Schmelzer haben an den Führer der Deut-
schen Volkspartei, Reichsminister a. D. Scholz, einen Brief
gerichtet, in dem es u. a. heißt: Auf Grund der soeben ge-
habten Besprechung scheint es uns richtig, festzustellen, daß
wir einig mit Ihnen sind in der Idee, das deutsche Bürger-
tum in einer Partei zu sammeln. Ueber den jetzt zu gehen-
den Weg sind wir aber auch nach der Unterredung nicht
Ihrer Meinung. Wir möchten darauf hinweisen, daß die
Erfahrungen, die wir im Saargebiet mit der Einigung der
Volkspartei und der Demokraten im großen und ganzen
gemacht haben, auch für die Entwicklung im Reich gelten
dürften. Wir Saarländer würden das günstigste Ergebnis
dieser Wahlen darin erblicken, wenn die jetzt getrennten
Parteien sich zu der Wahlmöglichkeit doch noch zusammenfinden
könnten. Zur Erreichung dieses Zieles sind wir nach wie
vor bereit, unsere Dienste zur Verfügung zu stellen.

Einberufung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei verlangt.

Wuppertal. Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses
hat der Hauptvorstand der Ortsgruppe Wuppertal der
Deutschen Volkspartei an Dr. Scholz folgendes Telegramm
gerichtet:

„Hauptvorstand Ortsgruppe Wuppertal ist einstimmig
der Auffassung, daß das durch den Rundfunk bekanntgegebene
Angebot Höpfer-Mischoff, wonach bei einem Zusammenschluß
der Volkspartei mit der Staatspartei sofort unser verehrter
Senior Kahl den vorläufigen Vorsitz übernommen hätte, un-
bedingt hätte angenommen werden müssen. Gegenvorschlag
Dr. Scholz vollständig verfehlt. Verlangen sofort Ein-
berufung des Zentralvorstandes.“

Sammlung der bürgerlichen Mitte gescheitert.

Die wochenlangen Verhandlungen zwischen Vertretern
der Deutschen Volkspartei, der Konservativen Volkspartei,
der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei zwecks
Herbeiführung eines gemeinsamen Wahl-

Das Wichtigste

Die Gesamtzahl der Streikenden im Nord-Departement in Frankreich
ist am Freitag auf 135 000 gestiegen. In der Textilindustrie nimmt
die Ausstandsbeziehung weiter zu. Kommunistische Versuche, die
Arbeiter zu Ausschreitungen zu veranlassen, sind gescheitert.

Nach Mitteilungen von aus Sowjetrußland eintreffenden Personen soll
die Typhusepidemie in Peningrad Ende Juli und Anfang August
einen bedrohlichen Umfang angenommen haben. Die Zahl der Er-
krankten, die amtlich mit 765 angegeben wurde, sei tatsächlich bedeu-
tend größer.

aufzuges sind endgültig gescheitert. Die genannten Par-
teien kamen jedoch bei ihrer letzten Zusammenkunft überein,
im Wahlkampf gegenseitig eine Art Burgfrieden zu wahren.
Weitere Verhandlungen sind nicht in Aussicht genommen
worden.

Es steht nun fest, daß die elf alten Parteien des Reichs-
tages, neben ungefähr zwei Duzend neuen und Splitter-
parteien, im Wahlkampf um die Gunst der Wählerschaft werben
werden. Es sind: Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deut-
sche Volkspartei, die Landvolkpartei, Christlich-Soziale, Wirt-
schaftspartei, die Treviranus-Gruppe, Bayerische Volkspartei,
Zentrum, Deutsche Staatspartei (Demokraten-Mahraun),
Sozialdemokratie und Kommunisten.

Eine Reihe führender evangelischer Ber-
bände hat an die Parteileitungen ein Schreiben gerichtet,
in dem darauf verwiesen wird, daß in dem begonnenen
Wahlkampf die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vorder-
grund getreten seien. Demgegenüber halte es die evangelische
Wählerschaft für erforderlich, daß neben den Fragen der
äußeren Daseinsicherung unseres Volkes die geistigen Ziele
in ihrem verpflichtenden Ernst klar herausgestellt werden.
Es wird die Forderung erhoben, daß die seit Jahren in An-
griff oder in Aussicht genommenen Kulturgebote, in-
sonderheit soweit sie dem Wiederaufbau der deutschen Familie
und der Zukunft unserer Jugend gelten, endlich ihrer Voll-
endung entgegengeführt werden.

Der „Reichsausschuß deutschnationaler
Frauen“ erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:
„Die durch unerfüllbare Lasten herausgeschworene Wirtschafts-
not, welche das Volksbegehren abwenden wollte, versucht man
durch fortgesetzt neue Steueraushebungen vergeblich zu
bannen. Ein Berufsstand nach dem anderen kommt zum
Erliegen. Voll Sorge fragen sich Millionen von Frauen und
Müttern, wie sie die Ihren satt machen und kleiden sollen.
Ungehindert durften auch unter dem letzten „bürgerlichen“
Reichsministerium christentumsfeindliche und antinationale Kräfte
ihre Wesen treiben. Unsere Forderungen auf endliches Zu-
standekommen des seit mehr als zehn Jahren geforderten
Reichsschulgesetzes wurden als zur Zeit nicht angebracht ab-
gelehnt, obgleich die kommunistische Propaganda gerade
unsere Schulen auf das schwerste bedroht. Dagegen gibt es
nur eine Abwehr, nämlich die Zusammenfassung der christlich
und national gesinnten Männer und Frauen, die in ent-
scheidender Umkehr auf dem als unheilvoll erkannten Wege
die einzige Rettung sehen. Ihr Frauen, die ihr mit uns
unter unserem Führer Hugenberg für diese Ziele kämpfen
wollt, gliedert euch ein in die Reihen der Deutschnationalen
Volkspartei. gez. Annagrete Lehmann.“

Der Landesvorstand der Volksnationa-
len Reichsvereinigung in Baden hat beschlossen,
sich der Deutschen Staatspartei anzuschließen. Reichsfinanz-
minister Dietrich wird der Spitzenkandidat der Staats-
partei in Baden sein.

Einige Mitglieder der deutschnationalen
Landtagsfraktion in Preußen, Paul Baeder,
Bundtzen, Fischer, Gauger, Heden, Just, Quereingässer, haben
ihren Austritt aus der D. N. P. erklärt. Sie haben
diesen Austritt damit begründet, daß sie mit den Beschlüssen
des Parteivorstandes und des Vertretertages der Deut-
schnationalen Volkspartei nicht einverstanden sein könnten. Die
betreffenden Abgeordneten sind ebenfalls aus der deut-
schnationalen Landtagsfraktion in Preußen ausgeschieden.